

## Erfolgreiches UZ-Pressesfest

Mehrere zehntausend Besucher kamen, trotz teilweisen Regenwetters, am letzten Juni-Wochenende zum 17. Pressesfest der UZ - Volksfest der DKP und Fest der Solidarität nach Dortmund in den Revierpark Wischlingen.

Das Kulturprogramm, an dem zahlreiche Künstlerinnen und Künstler mitwirkten, hatte bei den Teilnehmern

großen Zuspruch gefunden. Vor allem begeisterte der Auftritt von Inti Illimani Histórico mit der peruanischen Sängerin Eva Ayllón und das gemeinsame Konzert von Esther Bejarano und ihrer Gruppe Coincidence mit der Rapgruppe Microphone Mafia.

Die rund 50 Diskussionsveranstaltungen fanden in solidarischer und streit-

barer Atmosphäre statt.

Großer Anziehungspunkt war die Diskussionsrunde "Revolte oder Revolution" zu den Entwicklungen in Nordafrika und den arabischen Ländern, an der Vertreter aus Kommunistischen und Arbeiterparteien aus der Region teilnahmen. In 17 Großzelten und in der Eishalle sowie an zahlreichen Infoständen haben sich der DKP-Partei Vorstand und andere DKP-Gliederungen sowie mit der DKP befreundete Parteien und Organisationen dargestellt.

An dem Fest der Solidarität haben 28 ausländische Parteien teilgenommen. In einem eigenen Zelt haben sich auch erstmals die Partei „Die Linke“ und erneut die Zeitung „junge Welt“ vorgestellt. Anziehungspunkte waren auch in diesem Jahr das Zelt der Solidarität mit Kuba und der Literatur- und Kunstmarkt.

Das Anliegen der DKP war es unter anderem mit dem UZ-Pressesfest einen Beitrag zu leisten, die sozialen und demokratischen Bewegungen in unserem Land zu stärken und das gemeinsame Handeln der Linken gegen Sozial- und Demokratieabbau weiterzuentwickeln. Das ist auch gelungen.



## Inflation frisst Rente

### Bundesarbeitsministerium muss steigende Altersarmut und sinkende Kaufkraft zugeben

Schon vor drei Jahren warnte die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vor einem Anstieg der Altersarmut in Deutschland. Nun gesteht auch das Bundesarbeitsministerium nach einer Anfrage der Partei "Die Linke" im Bundestag diese Entwicklung ein.

Aus einem Antwortpapier des Arbeitsministeriums geht hervor, dass durch steigende Preise, geringe Rentenanpassungen und wachsenden Niedriglohnsektor die Altersarmut langfristig steigt und immer mehr ältere Menschen auf Sozialleistungen angewiesen sein werden. So seien in diesem Jahr die Renten um lediglich 0,99 Prozent gestiegen, bei einer Inflationsrate von derzeit 2,3 Prozent. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die die Bundesregierung jetzt erstmals offiziell mit Zahlen bestätigt: Die Kaufkraft der Rentner ist in den vergangenen zehn Jahren erheblich geschrumpft. Und die Altersarmut nimmt zu.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Partei "Die Linke", Klaus Ernst, gab das Bundesarbeitsministerium an, dass die Preise von 2001 bis 2010 um durchschnittlich 1,36 Prozent gestiegen seien. Im gleichen Zeitraum wurden die gesetzlichen Altersbezüge um 0,82 Prozent pro Jahr erhöht. Werden die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung berücksichtigt, die die Rentner zu zahlen haben, betrug das Plus lediglich 0,56 Prozent jährlich. Wie das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw) schon in seinem im April veröffentlichten Wirtschaftsinfo 44 darlegte, haben die Rentner und Rentnerinnen bereits in den Jahren 2004 bis 2007 durch drei Nullrunden, eine Mini-Erhöhung von 0,5 Prozent (2007), Erhöhung und volle Übernahme der Pflegeversicherung, Erhöhung der Krankenkasse und Sonderbeitrag zur Krankenkasse insgesamt und durch die inflationäre Entwicklung ein Minus bei ihrer realen Rente von 8,3 Prozent hinnehmen

müssen. Sie haben de facto eine Monatsrente im Jahr verloren.

In dem Antwortpapier hat die Bundesregierung neue Statistiken zur Altersarmut vorgelegt: Danach sind immer mehr alte und kranke Menschen auf staatliche Sozialleistungen angewiesen. Ihre Zahl stieg seit 2003 bis Ende 2009 um 74 Prozent oder 325 000 auf knapp 764 000.

Trotz jahrzehntelanger Einzahlungen in die gesetzliche Rente bekommen immer mehr Rentner eine Rente auf Sozialhilfeniveau. Bundesregierung und Kapitalvertreter propagieren daher die private Rentenversicherung. Ein Milliardenmarkt für die Versicherungskonzerne. Dieser Ruf nach privater Vorsorge klingt wie Hohn angesichts von Minijobs, Hartz IV und Niedriglöhnen. Notwendig sind dagegen Renten, von denen man im Alter leben kann, und die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre.

Wolfgang Teuber